

## Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Beckum

Vom 5. Oktober 2017

### Inhaltsverzeichnis

Präambel	2
§ 1 Gebührenpflichtige Leistungen	2
§ 2 Gebührenhöhe	2
§ 3 Gebührenfreiheit	2
§ 4 Auslagenersatz	2
§ 5 Billigkeitsmaßnahmen	3
§ 6 Gebührenschuldnerin/Gebührensschuldner	3
§ 7 Fälligkeit	3
§ 8 Gebühr bei Ablehnung oder Zurücknahme von Anträgen sowie für Widerspruchsbescheide	3
§ 9 Beitreibung	3
§ 10 Inkrafttreten	3
Anlage	4

## **Präambel**

Aufgrund der §§ 7 Absatz 1 und 41 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe f Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit §§ 1, 2, 4 und 5 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen und § 2 Absatz 3 Gebührengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen hat der Rat der Stadt Beckum am 28. September 2017 und am 10. April 2019 folgende Satzung beschlossen:

### **§ 1**

#### **Gebührenpflichtige Leistungen**

Die Stadt Beckum erhebt für die in der Anlage genannten Leistungen Verwaltungsgebühren. Die Anlage ist Bestandteil dieser Satzung.

### **§ 2**

#### **Gebührenhöhe**

- (1) Die Gebührenhöhe richtet sich nach der Anlage. Bei mehreren gebührenpflichtigen Leistungen werden die jeweils fälligen Gebühren addiert.
- (2) Ist für die aufgeführten Leistungen eine Bemessung nach Stundensätzen vorgesehen, wird bei der Festsetzung der Gebühren auch die Vorbereitungszeit berücksichtigt.

### **§ 3**

#### **Gebührenfreiheit**

Gebührenfrei sind Leistungen,

- a) für die nach gesetzlichen Vorschriften sachliche und/oder persönliche Gebührenfreiheit besteht,
- b) die im Rahmen der Amtshilfe erfolgen,
- c) die überwiegend im öffentlichen Interesse liegen, zum Beispiel zu Zwecken der Wirtschaftsförderung und Wissenschaft.

### **§ 4**

#### **Auslagenersatz**

Auslagen im Sinne des § 5 Absatz 7 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen können auch dann in Rechnung gestellt werden, wenn die Leistung selbst gebührenfrei ist.

Auslagen sind zum Beispiel:

- a) Telekommunikations- und Zustellungskosten,
- b) Bekanntmachungskosten,
- c) Zeugen- und Sachverständigenkosten,
- d) anfallende Reisekosten,
- e) Kosten für die Beförderung oder Verwahrung von Sachen,
- f) Kosten für Datenträger für digital bereitgestellte Daten.

**§ 5****Billigkeitsmaßnahmen**

Gebühren und Auslagen können auf schriftlichen Antrag ganz oder teilweise erlassen werden, wenn dies aus Gründen der Billigkeit, insbesondere zur Vermeidung sozialer Härten, geboten ist.

Stundung und Erlass von Verwaltungsgebühren richten sich nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen.

**§ 6****Gebührensuldnerin/Gebührensuldner**

- (1) Gebührensuldnerin oder Gebührensuldner ist, wer die Leistung selbst oder durch zurechenbares Verhalten eines Dritten veranlasst hat oder wer durch sie begünstigt wird.
- (2) Von mehreren an einer Leistungserbringung beteiligten Personen ist jede Person gebührenpflichtig, soweit die Leistung sie betrifft. Mehrere gebührenpflichtige Personen haften gesamtschuldnerisch.

**§ 7****Fälligkeit**

- (1) Mit der Erbringung der Leistung werden Gebühren und/oder Auslagenersatz fällig.
- (2) Vor Fälligkeit kann von der Gebührensuldnerin oder dem Gebührensuldner eine Sicherheitsleistung bis zur voraussichtlichen Höhe der für die Leistung entstehenden Gebühr oder des Auslagenersatzes verlangt werden.

**§ 8****Gebühr bei Ablehnung oder Zurücknahme von Anträgen  
sowie für Widerspruchsbescheide**

- (1) Wird ein Antrag auf eine gebührenpflichtige Leistung abgelehnt oder vor ihrer Beendigung zurückgenommen, wird eine Gebühr gemäß § 5 Absatz 2 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen erhoben.
- (2) Für Widerspruchsbescheide wird nur dann eine Gebühr erhoben, wenn der Verwaltungsakt, gegen den Widerspruch erhoben wird, gebührenpflichtig ist und wenn und soweit der Widerspruch zurückgewiesen wird. Die Höhe der Gebühr richtet sich nach § 5 Absatz 3 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen.

**§ 9****Beitreibung**

Die Gebühren können nach § 1 Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben werden.

**§ 10****Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt nach dem Tag ihrer Bekanntmachung in Kraft; gleichzeitig tritt die Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Beckum vom 17. Dezember 2008 außer Kraft.



## Bekanntmachungsanordnung

Die **Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Beckum** wird gemäß § 7 Absatz 4 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Gemäß § 7 Absatz 6 GO NRW kann die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung gegen diese Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Beckum, den 5. Oktober 2017

gezeichnet  
Dr. Karl-Uwe Strothmann  
Bürgermeister

# 1. Satzung der Stadt Beckum zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung

Vom 10. April 2019

## Präambel

Aufgrund der §§ 7 Absatz 1 und 41 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe f Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit §§ 1, 2, 4 und 5 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen und § 2 Absatz 3 Gebührengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen hat der Rat der Stadt Beckum am 10. April 2019 folgende Satzung beschlossen:

## Artikel 1

**Die Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Beckum vom 5. Oktober 2017 wird wie folgt geändert:**

In der Anlage wird in Position 12 der Text „d) private oder privat angemietete Räume“ und in dieser Zeile die Gebühr „350,00 €“ hinzugefügt.

## Artikel 2

Diese Satzung tritt mit dem Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

## Bekanntmachungsanordnung

Die **1. Satzung der Stadt Beckum zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung** wird gemäß § 7 Absatz 4 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Gemäß § 7 Absatz 6 GO NRW kann die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung gegen diese Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Beckum, den 10. April 2019

gezeichnet  
Dr. Karl-Uwe Strothmann  
Bürgermeister